

Grüne pochen auf Nachhaltigkeitsaspekt

Rat schickt F-Plan für Hockensberg in die nächste Runde

Von Tanja Schneider

HOCKENSBURG ■ Mit den insgesamt sechs Gegenstimmen der Liberalen sowie der Grünen hat der Gemeinderat die notwendige Flächennutzungsplanänderung für die Entwicklung des interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes in Hockensberg in die nächste Runde geschickt. Der Entwurf soll in die frühzeitige Bürgerbeteiligung. Über den notwendigen Bebauungsplan wird erst am 12. April beraten. Zuvor gibt es noch eine nicht öffentliche Veranstaltung für die Bürger.

Dass die Liberalen mit „Nein“ stimmen, war keine Überraschung. Schließlich hatte sich die FDP schon in früheren Sitzungen gegen ein Gewerbe- und Industriegebiet an dieser Stelle ausgesprochen. Zudem bezweifelt die Fraktion, dass die bislang veranschlagten Gelder zur Ent-

wicklung des Projektes ausreichen.

Anders als während der Sitzung des Bau-, Straßen- und Verkehrsausschusses vor rund drei Wochen verweigerten nun aber auch die Grünen ihre Zustimmung. Grund war laut Gabriele Roggenthien eine Entscheidung, die zwischenzeitlich im nichtöffentlich tagenden Verwaltungsausschuss (VA) gefallen ist und „die uns sehr misstrauisch macht“. Bürgermeister Ralf Spille, der Beschlüsse aus dem VA bekannt geben darf, brachte für die Zuhörer Licht ins Dunkel. Demnach ging es um den Antrag der Grünen, die eine nachhaltige Entwicklung des Gebietes fördern und die Einbindung eines Fachbüros angeregt hatte. Wie berichtet, war daraufhin ein Gespräch mit der Zero Emission GmbH aus Wuppertal vereinbart worden, das auch stattfand. „Der

VA hat sich aber mehrheitlich gegen eine Beauftragung dieses Büros ausgesprochen“, erläuterte Spille. „Nichtsdestotrotz wollen wir versuchen, den Gedanken der Nachhaltigkeit in die Planung aufzunehmen.“ Laut Gernot Kuhlmann (CDU) lagen die Gründe für die Ablehnung in den Kosten sowie dem Umstand, dass das Büro aus Nordrhein-Westfalen eventuell nicht mit allen niedersächsischen Gesetzgebungen vertraut ist.

Roggenthien entgegnete, dass es nicht dieses Büro sein muss, und sah den Antrag ihrer Partei nicht richtig beraten. „Ich habe kein Vertrauen darin, dass das Thema Nachhaltigkeit berücksichtigt wird.“ Dirk Orth (ebenfalls Grüne) appellierte, neben den wirtschaftlichen, auch die sozialen und ökologischen Aspekte nicht außer Acht zu lassen – im Sinne der Natur und der Anlieger.